

GESCHÄFTSBERICHT DES VORSTANDES 2024

Wir starteten im November des vergangenen Jahres ins neue Geschäftsjahr. Diesmal informierte uns der Kämmerer der Stadt Bornheim Herr Ralf Cugaly in der Jahreshauptversammlung über die aktuelle Finanzsituation der Stadt Bornheim. Herr Cugaly betonte in seinem Vortrag, dass wegen der guten Entwicklung der Gewerbesteuer 2022 in Höhe von 27 Mio. Euro unter dem Strich und bei Abzug der Isolierungsbeträge ein positiver Saldo von 2,3 Mio. Euro erreicht wurde. Somit konnte nach vielen Jahren der Haushaltssicherung, mit all ihren Einschränkungen, die kommunale Finanzautonomie wiederhergestellt werden.

Bei einem Blick in die Zukunft ging Herr Cugaly aus heutiger Sicht nicht davon aus, dass sich die Steuerquote in Bornheim so entwickeln werde wie vergleichbar in unseren Nachbarkommunen. Es bleibe jedoch abzuwarten, wie sich die neue Bewertung der Immobilien durch die geänderten Grundsteuermesszahlen auf die Hebesätze von Wohn- und Nichtwohngebäuden (Gewerbeimmobilien) auswirken wird. Dazu sollen den Kommunen im nächsten Jahr erste Vorschläge von der Landesregierung unterbreitet werden.

Der Gewerbeverein, so sein Vorsitzender, wird die Entwicklung weiter kritisch beobachten und sich dazu gegebenenfalls in die Beratungen des Rates zum Haushalt 2025/2026 einbringen.

Darüber hinaus informierte der Vorstand die Mitglieder über das geplante **Jubiläumfest des Gewerbevereins, anlässlich seines 40jährigen Gründungsjahr 2024**. Es ist vom Vorstand beabsichtigt, wieder ein Gewebefest auf dem Firmengelände und im Park des Roisdorfer Mineralbrunnens durchzuführen. Erste Vorbereitungsgespräche hätten dazu schon stattgefunden. Der letzte Sonntag in den Sommerferien ist als Termin in Planung. Weitere Informationen dazu im Frühjahr 2024.



Viele Roisdorfer besuchten unser Gewebefest 2024 und ließen es sich gutgehen am Getränkestand Pieper oder im Brunnenpark

Nachdem die Mitglieder im Juli aufgerufen wurden, sich aktiv am Fest zu beteiligen und auch darauf hingewiesen wurde, wie wichtig es sei, dass sich der Gewerbeverein mit dem Dienstleistungsspektrum seiner Mitgliedsfirmen auf diesem Gewerbefest präsentiert, blieb die erhoffte Resonanz aus. Letztendlich waren es nur drei Firmen, die sich aktiv mit eigenem Personal beteiligten. Dies führte in der Nachbetrachtung im Vorstand zu der Feststellung, dass nun erneut über die Frage zu diskutieren ist, ob es weiterhin Sinn macht, ein Gewerbefest zu veranstalten, an dem nur drei Prozent der Mitgliedsfirmen aktiv teilnehmen. Doch darüber hinaus war der Zuspruch aus der Bürgerschaft hervorragend. Mit einem abwechslungsreichem Bühnenprogramm, zwei Food Ständen und einem großen Getränkepavillon der Firma Pieper konnten wir die zahlreichen Besucher den ganzen Tag unterhalten und beköstigen. Das Wetter spielte mit und so mancher Gast verbrachte den ganzen Sonntagnachmittag im Brunnenpark mit dem dort extra aufgebauten Caféstand der Firma Nelles.

Während des Gewerbefestes sowie davor waren wir auf die sich verschärfende Situation des Lkw-Verkehrs und die damit verbundene Problematik des illegalen Parkens hingewiesen worden. Dies wird insbesondere durch nordafrikanische und osteuropäische Speditionskraftfahrzeuge, die lange auf eine Rückfracht warten müssen, verursacht. Ein altbekanntes Problem im Gewerbegebiet Bornheim-Süd. Wir hatten diese Problematik schon vor 10 Jahren erstmals aufgegriffen, als sich immer mehr Speditionen im Gewerbegebiet ansiedelten. Damals wurde hinter Bauhaus eine Parkzone nur für Lkws ausgewiesen. Nachdem aber auf dem Gelände der ehemaligen Obst- und Gemüseversteigerung in den letzten Jahren die Be- und Entladung von Obst- und Gemüseprodukte sich zum größten Umschlagsplatz in der rheinischen Region entwickelt hat, hat sich die Situation verschlimmert. Auswärtige Lkw-Fahrer finden nur 18 zulässige Lkw-Stellplätze auf dem Firmengelände, müssen aber oft lange auf ihre Zuladung warten und finden darüber hinaus keinen legalen Stellplatz, um ihre gesetzlichen Ruhezeiten einhalten zu können. Deswegen parken viele illegal auf den ausgewiesenen P+R-Plätzen im Rosental und auf Gehwegen. Daraufhin hatte der Vorstand mit einem Bürgerantrag im August das Thema im Bürgerausschuss der Stadt zur Sprache gebracht und mit konkreten Vorschlägen auf eine rasche Lösung gedrängt. Gleichzeitig wurden von uns die lokalen Medien auf die Lkw-Problematik hingewiesen, die dann auch ausführlich darüber in der Bonner Rundschau, dem General Anzeiger, im WDR und bei Sat1 informierten.

Doch wer nun gedacht hatte, dass auch die Stadt Bornheim sich um eine rasche Lösung bemühe, sah sich getäuscht. Obwohl die Firma Landgard bereit war, unseren Vorschlag zu unterstützen und mit Betonpollern das Parken von Lkws einzuschränken, ohne gleichzeitig Pkws am Parken zu hindern.

Zuerst wurden unsere Vorschläge als kein wirksames Mittel bezeichnet, das illegale Lkw-Parken einzuschränken. Nur, so der Bürgermeister in seiner Vorlage, wenn Ende dieses Jahrzehnts die Realisierung der Mobilstation „Bahnhof Roisdorf“ und die geplante Umgestaltung der Straße Rosental geschaffen werde, sei eine nachhaltige Verbesserung möglich. Diese ablehnende Stellungnahme war aber auch den Mitgliedern des zuständigen Fachausschusses zu dürrtig und sie beschlossen deshalb in ihrer Novembersitzung, dass die Stadtverwaltung konkret zu den mittlerweile erweiterten Vorschlägen des Gewerbevereins Stellung beziehe.

Inzwischen hatte der Bürgermeister Ende September zu einer Gesprächsrunde alle betroffenen Firmen aus dem Gewerbegebiet Bornheim-Süd und weitere Teilnehmer zu einem „Runden Tisch“ eingeladen.



Zahlreiche Lkws parken illegal auf den P+R-Stellplätzen im Rosental, die aber vorrangig nur für die ÖPNV-Nutzer oder die der Besucher der Gaststätte MARKSCHÄNKE vorgesehen sind.

Unser Gewerbeverein wurde aber mutmaßlich bewusst nicht mit hinzugezogen. Auch erfolgte weder eine Niederschrift über dieses Gespräch noch eine Stellungnahme zu unseren vier Lösungsvorschlägen. Nur eine Zusammenfassung der Gesprächsinhalte, mit Absichtserklärungen und Allgemeinplätzen bestückt, wurde in der November-Sitzung vorgelegt. Das war dann auch den Ausschussmitgliedern zu wenig und sie beauftragten erneut den Bürgermeister, zur nächsten Sitzung konkret auf unsere Vorschläge zu antworten. Bleibt nun zu hoffen, dass dann nach fünf Monaten endlich eine Stellungnahme der Stadt zu den Vorschlägen des Gewerbevereins vorgelegt wird. Es ist aber zu befürchten, dass jetzt zuerst nach Argumenten gesucht wird, unsere Vorschläge als nicht durchführbar oder als zu teuer zu erklären. Anstatt konstruktiv ihre Umsetzbarkeit in den Mittelpunkt des Sachentscheidungs zu stellen.

Ob unsere privaten Unternehmer für einfallsreiche Vorschläge aus ihrer Belegschaft eine so lange Bearbeitungszeit verstreichen lassen, kann man bezweifeln. Der Vorstand wird trotzdem weiterhin die Interessen unserer Firmen offensiv und hartnäckig vertreten.

Für den Vorstand
Harald Stadler
Vorsitzender